

01) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 18. bis 24. Oktober 2021

25. 10. 2021



Bildquelle: Demokracija

V4

- Einem am Sonntag, den 17. Oktober, auf der Website des *Express* veröffentlichten Bericht zufolge beabsichtigt der britische Premierminister Boris Johnson, Anfang 2022 ein Gipfeltreffen zwischen dem Vereinigten Königreich und den vier Ländern der Visegrád-Gruppe (V4) zu organisieren, da sich die französisch-britischen Beziehungen in letzter Zeit tendenziell verschlechtert haben.
- Im Gegensatz zur Haltung der europäischen Institutionen (Kommission, Parlament und EuGH) rät die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, die bis zur Bildung der Regierung ihres wahrscheinlichen Nachfolgers Olaf Scholz (SPD) die Geschäfte wie gewohnt weiterführt, zur Vorsicht in den Beziehungen zu Ungarn und Polen und plädiert für einen Dialog anstelle von Sanktionen. „Ich denke, es ist an der Zeit, mit der polnischen Regierung eingehend darüber zu diskutieren, wie wir diese Schwierigkeiten überwinden können. Wir haben ernste Probleme, aber ich rate dazu, dass wir sie durch Verhandlungen lösen, um Kompromisse zu finden“, sagte sie am Freitag, den 15. Oktober, nach einem Treffen mit ihrem belgischen Amtskollegen Alexander de Croo in Brüssel.
- Der Direktor des Ungarischen Zentrums für Grundrechte, Miklós Szánthó, kündigte am Mittwoch, den 20. Oktober, die Gründung einer internationalen Organisation, der Allianz für das Gemeinwohl (ACG), an, in der ungarische, polnische, tschechische, slowakische und italienische Think Tanks zusammenarbeiten, um auf europäischer Ebene „für Europa zu kämpfen“. „Das Hauptziel der neuen Organisation [...] ist es, dass christlich-konservative Kräfte Europa retten, denn nur so kann das Überleben der Zivilisation gesichert werden [...] Es ist in Europa klar und spürbar, dass die Idee

von Gott, Familie und Heimat weltweit angegriffen wird und dass souveränistische und traditionalistische Kräfte sich den globalistischen Kräften entgegenstellen, während Europa die Vergangenheit verleugnet, aus der sein Wohlstand und sein Reichtum stammen“, erklärte Szánthó.

Ungarn

- Wie die Website Magyar Jelen am 17. Oktober berichtete, führt die Regierung angesichts der so genannten vierten Welle der Pandemie, die sich im Land ausbreitet, neue Gesundheitsbeschränkungen ein. So werden die Quarantänevorschriften in Schulen verschärft und betreffen nun auch geimpfte Personen (Schüler und Lehrer).
- Am Dienstag, den 19. Oktober, hat die ungarische Erdölgesellschaft MOL an ihrem Standort in Csurgó (Komitat Somogy – im Südwesten des Landes) einen neuen 15.000 Kubikmeter fassenden Speicher eingeweiht. Die Investition in Höhe von 9 Milliarden Forint (25 Millionen Euro) soll vor allem die Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf die Umwelt der Region verringern. Dank dieser Lagerstätte wird das Öl nun über eine Pipeline zur Raffinerie in Százhalombatta (Komitat Pest) transportiert, wodurch nicht weniger als 15.000 Tankertransporte pro Jahr ersetzt werden, wodurch nach Angaben des Unternehmens die Emission von 7.000 Tonnen CO₂ vermieden wird.
- Imre Kacs Kovics, Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultät der Budapester Loránd-Eötvös-Universität, erklärte am Donnerstag, den 21. Oktober, gegenüber *InfoRádió*, dass das ungarische Medikament gegen Covid bereits an Tieren getestet werde und die klinischen Versuche Anfang 2023 beginnen könnten: „Wir konnten neue Moleküle identifizieren, die unserer Meinung nach patentierbar sind, und wir konnten diesen Sommer zeigen, dass diese Moleküle, diese Wirkstoffe, das Virus daran hindern, die Zellen zu infizieren“. Nach Ansicht des Immunologen könnte dieses künftige Medikament auch zur Prävention eingesetzt werden.
- Der Sprecher des ungarischen Premierministers, Bertalan Havasi, gab am Freitag, den 22. Oktober, bekannt, dass die Kandidatin des Rassemblement National (RN) für die bevorstehenden französischen Präsidentschaftswahlen, Marine Le Pen, am Dienstag, den 26. Oktober, nach Budapest reisen wird, um Viktor Orbán und Katalin Novák zu treffen.
- Anlässlich des Feiertags am 23. Oktober, der an den Aufstand von 1956 erinnert, organisierte die Fidesz in Budapest einen Marsch mit anschließender Rede von Viktor Orbán, an dem mehrere hunderttausend Menschen teilnahmen. Die progressiven Oppositionsparteien schafften es nicht, mehr als 4.000 Menschen zu versammeln, während die nationalistische Partei Mi Hazánk etwa 2.000 Menschen versammelte.



Viktor Orbán bei seiner Ansprache am 23.10.2021
Foto: Visegrád Post / Ferenc Almássy

Polen

- Der Vorstoß des Warschauer Bürgermeisters Rafał Trzaskowski (PO), den traditionellen Unabhängigkeitsmarsch am 11. November zu verbieten, war letztlich erfolglos. Die Warschauer Bezirksstaatsanwaltschaft kam am 15. Oktober zu folgendem Schluss: „Es ist unmöglich, das Verhalten der Teilnehmer des Unabhängigkeitsmarsches als etwas anderes zu betrachten als die Darstellung ihrer eigenen Ansichten, als Ausdruck politischer Meinungen, die der in Polen und Europa betriebenen Migrationspolitik skeptisch gegenüberstehen, oder als Ausdruck der Opposition gegen die kommunistische Ideologie. Es ist zu betonen, dass die Meinungsäußerung in den Anwendungsbereich des in Art. 54 der Verfassung der Republik Polen verankerten Verfassungsgrundsatzes fällt und aus diesem Grund nicht als eine nach Art. 256 § 1 des Strafgesetzbuches verbotene Handlung angesehen werden kann.
- Wiederholte Behauptungen der polnischen Linksopposition halten das Gerücht am Leben, die Regierung von Mateusz Morawiecki bereite den Austritt Polens aus der Europäischen Union (Polexit) vor, was sowohl die Regierung als auch die PiS ebenso regelmäßig dementieren. Laut einer kürzlich von *SW Research* durchgeführten und von *Rzeczpospolita* veröffentlichten Umfrage wünschen sich 42,6 % der Polen ein Referendum zu diesem Thema, während 36,9 % dagegen sind und 20,5 % keine Meinung dazu haben. Derselben Umfrage zufolge wollen 64,4 % der Polen in der Europäischen Union bleiben, während nur 14,8 % für einen Polexit sind, eine Minderheitsoption, zumindest im Moment. Am Rande sei bemerkt, dass die Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen etwas mehr Befürworter hat (19 %) als andere Altersgruppen.
- Am 17. Oktober stellte die Polnische Nationalbank (Narodowy Bank Polski) den Prototyp der neuen 20-Zloty-Banknote vor, die ab dem 9. November für Sammler in Umlauf gebracht werden soll. Die neue Banknote wird das Bildnis von Lech Kaczyński, dem ehemaligen polnischen Staatspräsidenten von 2005 bis 2010 – der tragischerweise bei der Katastrophe von Smolensk ums Leben kam – und Zwillingenbruder des PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński, zeigen und das Motto *Warto być Polakiem* (Es lohnt sich, Pole zu sein) tragen.
- Angesichts der Kritik europäischer Gremien an der Tatsache, dass einige Richter des polnischen Obersten Gerichtshofs vom Präsidenten auf Vorschlag eines Justizrats ernannt werden, dessen Mitglieder vom Parlament ernannt wurden – was die Unabhängigkeit des besagten Gerichts in Frage stellen würde –, wies der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro (Solidarna Polska) am Montag, den 18. Oktober, auf Twitter darauf hin, dass auch in Deutschland „Politiker eine entscheidende Rolle bei der Ernennung von Richtern für das Äquivalent des Obersten Gerichtshofs spielen“ und kündigte an, er werde „einen Antrag an den Ministerrat [stellen], ein Gerichtsverfahren einzuleiten [und] Deutschland vor dem EuGH zu verklagen, weil es durch die Politisierung der Justiz gegen die EU-Verträge verstößt“. „Die Rechtsstaatlichkeit ist eine der Säulen, auf denen die Europäische Union beruht [...] Damit das alles funktioniert, brauchen wir jedoch die Gleichheit aller Staaten in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit“, sagte er am selben Tag, zitiert von *Wirtualna Polska*.
- Der polnische Abgeordnete Janusz Kowalski (Solidarna Polska), der am Donnerstag, den 21. Oktober, von *Do Rzeczy* zitiert wurde, kritisierte scharf die neue Entschließung des Europäischen Parlaments, in der das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts über den Vorrang des nationalen Rechts vor dem EU-Recht verurteilt wird: „In einer absurden Entschließung des Europäischen Parlaments greifen die Eurokraten das Verfassungsorgan der Justiz an – das Verfassungsgericht. Sie sollen ihre Entschließungen verabschieden. Wir machen unsere Arbeit! Sein Kollege Witold Waszczykowski (PiS), ehemaliger Außenminister,

schloss sich dieser Meinung an: „Dies ist ein Dokument, das dazu führen soll, die polnische Regierung zu stigmatisieren, eine schlechte Atmosphäre um Polen und die polnische Regierung herum zu schaffen [...] Der Zweck [...] solcher Entschließungen ist es, die Rating-Agenturen dazu zu bringen, unsere Ratings zu senken und Investoren dazu zu bringen, nicht investieren zu wollen, unsere Kredite zu verteuern. *Do Rzeczy* veröffentlichte auch die Liste der polnischen Europaabgeordneten, die die Resolution gegen ihr eigenes Land unterstützt haben.

- In einem am Donnerstag, 21. Oktober, von der *Gazeta Wyborcza* veröffentlichten Interview griff der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Manfred Weber, erneut die polnische Regierung und den Ministerpräsidenten an: „Wir sind Freunde, wir wollen die Zusammenarbeit und Partnerschaft mit Polen. Aber es muss klar sein, dass wir, obwohl wir Freunde Polens sind, entschlossen sein werden. [...] Jetzt hat der Streit eine neue Ebene erreicht. Es geht um die Unabhängigkeit der Justiz. Nur in Polen hat das Verfassungsgericht die Bestimmungen des Europäischen Vertrags in Frage gestellt und die europäische Rechtsordnung angegriffen. [...] In der gegenwärtigen Situation kann die Kommission die Zahlungen an Polen aus dem Wiederaufbaufonds nicht aktivieren. Voraussetzung für die Zahlungen ist der Vollzug des EuGH-Urteils und die Aussetzung der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs. Aber es gibt auch Fragen, die auf politischer Ebene geklärt werden müssen. [...] Ein Staat, der die Rechtsstaatlichkeit verletzt, der die Unabhängigkeit der Justiz nicht respektiert, stellt sich selbst außerhalb der Europäischen Union. Nur einer ist über das Verhalten Polens glücklich: Wladimir Putin.
- Der Präsident des Europäischen Parlaments, der italienische Sozialdemokrat David Sassoli, gab am Mittwoch, den 20. Oktober, bekannt, dass er die Europäische Kommission angewiesen hat, wegen der Nichtanwendung der Verordnung über den Konditionalitätsmechanismus vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zu klagen: „EU-Mitgliedstaaten, die die Rechtsstaatlichkeit verletzen, sollten keine EU-Mittel erhalten. Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft, die auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit beruht. [...] Wenn sie in einem Mitgliedstaat bedroht sind, muss die EU handeln, um sie zu schützen“, sagte er.
- Ein 31-jähriger Mann wurde am Mittwoch, dem 20. Oktober, in Polen verhaftet, weil er in der Stadt Zielona Góra (Grünberg in Schlesien, Woiwodschaft Lubusz) ein Kreuz am Straßenrand mit einer elektrischen Säge umgeschnitten hatte. Ein Video der Szene wurde in sozialen Netzwerken veröffentlicht.
- Der deutsche Innenminister Horst Seehofer (CSU) hat am Mittwoch, den 20. Oktober, erklärt, dass Deutschland – auf Beschluss von Bundeskanzlerin Angela Merkel – trotz der ausdrücklichen Bitte der Polizeigewerkschaften und seines polnischen Amtskollegen Mariusz Kamiński den Schutz seiner Grenze zu Polen nicht verstärken wird, um die Einreise von Migrant*innen aus Weißrussland nach Deutschland zu verhindern. Diese Nichtmaßnahme trägt insbesondere dazu bei, den Migrationsdruck an der polnisch-weißrussischen Grenze zu erhöhen, da die auf der weißrussischen Seite angesammelten Migrant*innen aus dem Nahen Osten nach Deutschland wollen, wie die polnischen Behörden betonen.
- Laut dem letzten Eurostat-Bericht hat Polen für das Jahr 2020 600.000 Aufenthaltsgenehmigungen ausgestellt, was 26 % der Gesamtzahl der in der Europäischen Union in diesem Zeitraum erteilten Aufenthaltsgenehmigungen entspricht. Damit ist Polen das EU-Land mit der höchsten Zahl legaler Einwanderer, noch vor Deutschland (313.000 oder 14 %) und Spanien (312.000 oder 14 %). Es sei jedoch angemerkt, dass 81,7 % der von Warschau ausgestellten Aufenthaltsgenehmigungen an Ukrainer vergeben wurden.

- Einem Ende September vom polnischen Statistikamt veröffentlichten Bericht zufolge ist das polnische BIP seit 2010 um 38 % gestiegen, während das BIP der Europäischen Union im gleichen Zeitraum nur um 15 % zugenommen hat. Gleichzeitig ist das polnische Pro-Kopf-BIP von 62 % auf 72 % des EU-Durchschnitts gestiegen.
- Am Rande des Europäischen Rates in Brüssel traf der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki mit Marine Le Pen, der Kandidatin des Rassemblement National (RN) für die bevorstehenden französischen Präsidentschaftswahlen, zusammen.
- Laut einer Umfrage des Instituts für soziale Veränderungen, über die *Do Rzeczy* am Freitag, den 22. Oktober berichtete, befürworten 78 % der Polen die Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts, das daran erinnert, dass europäisches Recht nur in den Bereichen Vorrang vor nationalem Recht hat, in denen Polen seine Souveränität ausdrücklich an die Europäische Union delegiert hat. Nur 10 % der Befragten waren der gegenteiligen Meinung. Es ist bemerkenswert, dass nicht nur 96 % der PiS-Wähler die polnische Souveränität unterstützen, sondern auch 82 % der Wähler der Bürgerplattform (PO) und 86 % der Wähler von Polska 2050.
- Die polnische Gewerkschaft Solidarność organisierte am Freitag, den 22. Oktober, eine Demonstration vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) in Luxemburg, um gegen die Entscheidung zu protestieren, Polen mit einer Geldstrafe von 500.000 Euro pro Tag zu belegen, weil es die einstweilige Anordnung zur Schließung des Tagebaus Turów bis zum endgültigen Urteil nicht umgesetzt hat. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Solidarność, Piotr Duda, rief insbesondere zum „Widerstand gegen diese Idioten auf, die heute Tausende von Arbeitsplätzen abbauen [...] und Millionen von Polen den Strom vorenthalten wollen“, und bezeichnete die polnischen Europaabgeordneten, die am Vortag eine Resolution gegen ihr eigenes Land verabschiedet hatten, als „Feiglinge“ und „Verräter“.
- Nach Informationen, die am Freitag, den 22. Oktober, von *The Guardian* veröffentlicht wurden, haben mehr als 34 000 polnische Frauen im Ausland abgetrieben, seit das Verfassungsgericht die eugenische Abtreibung (aufgrund der Diagnose einer schweren und unheilbaren Anomalie oder Krankheit des ungeborenen Kindes) in Polen verboten hat. In Fällen von Vergewaltigung, Inzest und lebensbedrohlichen Risiken für die werdende Mutter ist ein Schwangerschaftsabbruch weiterhin erlaubt. Der Verein Abtreibung ohne Grenzen (AWB) nennt sogar Zahlen, die von 80 bis 200.000 pro Jahr vor dem Verbot eugenischer Abtreibungen reichen, alte Zahlen, die immer wieder auftauchen, ohne dass jemand wirklich weiß, worauf sie beruhen. Dieser Verein – dessen Zweck durch seinen Namen klar definiert ist – organisiert die Reise und den Aufenthalt polnischer Frauen, die in Deutschland, Spanien, Großbritannien und der Tschechischen Republik einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen möchten. Eine andere Organisation, Women Help Women, verschickt Abtreibungspillen per Post. Die vom *Guardian* zitierten abtreibungsbefürwortenden NRO berichten, dass mehr als 1.000 polnische Frauen für Abtreibungen ins Ausland gereist sind und mehr als 18.000 Abtreibungspillen erhalten haben.
- Der Gesetzentwurf der Volksinitiative „Stop LGBT“, der von 140.000 Unterzeichnern unterstützt wird, wird am 28. und 29. Oktober von den polnischen Abgeordneten diskutiert.

Tschechische Republik

- In geschlossenen Räumen müssen wieder Masken getragen werden. Ab Anfang November werden nichtmedizinische PCR-Tests nicht mehr von den Krankenkassen erstattet, und für Restaurants und Bars wird ein Covid-Ausweis erforderlich sein.
- Die tschechische Finanzministerin Alena Schillerová kündigte auf einer Pressekonferenz am Montag, den 18. Oktober, an, dass ihr Ministerium aufgrund der steigenden Energiepreise im November und Dezember auf die Erhebung der Mehrwertsteuer auf Energie verzichten wird. Die Befreiung, die durch eine Bestimmung im tschechischen Steuergesetzbuch ermöglicht wird, wird den Staatshaushalt voraussichtlich rund eine Milliarde Kronen (39 Mio. EUR) kosten und könnte im Januar durch eine Änderung des Mehrwertsteuergesetzes verlängert werden.

Slowakei

- Der Sprecher des chinesischen Außenministers Wang Wenbin warnte die Slowakei und die Tschechische Republik, dass China Maßnahmen ergreifen müsse, wenn die beiden Länder den taiwanesischen Außenminister weiterhin einladen würden.
- Außenminister Ivan Korčok sagte, dass die Slowakei sich in der V4 Gehör verschafft, was nicht allen gefällt. Nach Ansicht des Ministers liegt es nicht im Interesse der Slowakei, die V4 über die EU zu stellen oder die V4 zu einer Art Anti-Brüssel-Pol werden zu lassen, auch wenn er einräumt, dass die EU bei weitem nicht perfekt funktioniert.

Slowenien

- 24.10. Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist Slowenien eines der Länder mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit. Nach den jüngsten OECD-Daten für September gehört Slowenien mit einer Arbeitslosenquote von 3,9 % zu den wirtschaftlich und sozial erfolgreichsten Ländern der Welt und nimmt damit einen Spitzenplatz ein. Ende September waren bei der Arbeitsagentur 66.122 Arbeitslose gemeldet, das sind 4,6 % weniger als im August und 21,1 % weniger als im September des Vorjahres. Die Ergebnisse zeugen von einer bemerkenswerten Erholung der slowenischen Wirtschaft nach der durch die weltweite Pandemie verursachten Krise, die ohne die wirksamen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und andere wirtschaftliche und soziale Maßnahmen der derzeitigen Regierung nicht möglich gewesen wäre. Die Daten unabhängiger Institutionen zeigen also den unbestreitbaren Erfolg der Regierung Janez Janša, der weder von den Mainstream-Medien noch von der Opposition bestritten werden kann.
- 24.10. Premierminister Janez Janša und Verteidigungsminister Matej Tonin haben erneut Morddrohungen erhalten. Offenbar handelt es sich in beiden Fällen um denselben Täter. Die Drohungen wurden ihnen am Freitag per Post zugestellt, und zwar in einem Schreiben, in dem mit ihrer Liquidierung gedroht wurde und dem Kugeln größeren Kalibers beigefügt waren. Der Fall wird derzeit von der Polizei untersucht. Wie aus einer der Redaktion von *Demokracija* vorliegenden Fotodatei hervorgeht, wurden die Kugel und der Text in Umschlägen an die Privatadressen von Janez Janša und Matej Tonin geschickt. Interessanterweise hat man sich im Falle von Tonin etwas mehr Mühe mit der Länge des Textes gegeben, worin versprochen wird, ihn zu liquidieren. Der Premierminister erhielt einen Umschlag, der unter anderem ein Foto von ihm selbst mit einer Zielscheibe und ein Foto seiner Familie mit einer Zielscheibe enthielt, die von einem oder mehreren unbekanntem Absendern gezeichnet worden waren. Der Premierminister erhielt ein Foto von sich selbst mit

einer Zielscheibe. Über dem Foto stand eine Morddrohung und die Warnung, dass „Teams auf das Kommando warten“. Der oder die unbekanntes Absender sprachen nicht nur Morddrohungen gegen die Empfänger der Pakete aus, sondern auch gegen alle Unterstützer der derzeitigen Regierung, berichtet die Website *Siol*.



- 23.10. Im Vergleich zu den EU-Zahlen schneidet Slowenien bei der Eintreibung von Staatsschulden sehr gut ab. Der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP lag im EU-Durchschnitt bei 90,9 %, während der Schuldenstand Sloweniens bei 80 % des BIP lag, womit Slowenien zu den Ländern mit stabilen öffentlichen Finanzen zählt. Es ist wichtig, an dieser Stelle zu betonen, dass wir Kredite zu einem negativen Zinssatz aufgenommen haben. Das Finanzministerium geht davon aus, dass die Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP bis Ende 2023 auf 76 % sinken wird, was mit den Jahren 2014 und 2015 vergleichbar ist, als wir die slowenischen Banken gerettet haben.
- 22.10. Am Freitag nahm Außenministerin Anže Logar an einem Treffen der C5-Minister in Wien teil. Er betonte die wichtige Rolle der Europäischen Union und der C5 bei der Unterstützung der Länder bei der Bewältigung der Coronavirus-Pandemie und bei der Weichenstellung für die grüne Transformation und den digitalen Wandel. „Der heutige Austausch der Wiederaufbaupläne unserer Länder hat einmal mehr gezeigt, wie notwendig die Zusammenarbeit der C5 in allen Bereichen von gemeinsamem Interesse ist. Die Herausforderungen, mit denen wir alle konfrontiert sind, spiegeln sich auch in den Prioritäten des slowenischen Ratsvorsitzes der Europäischen Union wider“, sagt Logar. Die C5-Gruppe, die sich aus den Außenministern Österreichs Michael Linhart, der Tschechischen Republik Jakub Kulháněk, Ungarns Péter Szijjártó, der Slowakei Ivan Korčok und Sloweniens Dr. Anže Logar zusammensetzt, hat seit ihrer Gründung im vergangenen Jahr inmitten der Epidemie ihre Position als hervorragendes Forum für den Meinungsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den mitteleuropäischen Ländern gefestigt. Hauptthema des diesjährigen Treffens der Minister aus den fünf Zentral-5-Ländern am Freitag in Wien war die wirtschaftliche Erholung von der C19-Pandemie.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 11. bis 17. Oktober 2021

18. 10. 2021



Bildquelle: Demokracija

V4

- Am Montag, den 11. Oktober, begann in Luxemburg die Verhandlung vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) über die Klage Ungarns und Polens gegen den so genannten Konditionalitätsmechanismus, der den EU-Haushalt im Falle von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten schützen soll. In einem von der ungarischen Tageszeitung *Magyar Nemzet* veröffentlichten Interview äußerte die ungarische Justizministerin Judit Varga die Hoffnung, dass „in Luxemburg eine wirklich professionelle und substanzielle juristische Debatte geführt wird“: „Wir sehen ja, dass der einwanderungsfreundlichen Mehrheit im Europäischen Parlament nichts heilig ist, wenn es darum geht, Mitgliedstaaten zu bestrafen [...] Für sie ist es nur wichtig, die EU-Gelder zu streichen und sich so in die Parlamentswahlen [in Ungarn] im nächsten Jahr einzumischen; an diese politisch motivierten Schauprozesse waren wir schon gewöhnt, aber wir hätten nicht gedacht, dass die europäischen Institutionen sich gegenseitig so aggressiv unter Druck setzen. Sie sehen nicht, dass sie den Baum, auf dem sie sitzen, fällen und das Vertrauen in die europäische Zusammenarbeit untergraben. Nach zweitägigen Anhörungen kündigte der Gerichtshof an, dass der Generalanwalt am 2. Dezember seine Schlussanträge vorlegen wird. Das Urteil des Gerichtshofs wird für Anfang 2022 erwartet.“
- Acht mitteleuropäische Länder – Bulgarien, Kroatien, Ungarn, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien und die Tschechische Republik – sowie Finnland haben soeben eine gemeinsame Erklärung zugunsten der Kernenergie im Rahmen des Kampfes gegen den Klimawandel unterzeichnet und sich damit Frankreich in diesem Bereich angeschlossen. „Wir haben die gleichen Interessen wie Frankreich. Unsere beiden Länder setzen sich für die Kernenergie ein, deshalb haben wir uns auf gemeinsame

Maßnahmen geeinigt. Wir wollen, dass Brüssel Kernenergie und Gas als nachhaltige Aktivitäten anerkennt“, sagte der tschechische Industrie- und Handelsminister Karel Havlíček.

- Eine Mehrheit im Europäischen Parlament scheint der Meinung zu sein, dass die Europäische Kommission im Zusammenhang mit den Konflikten der EU mit Ungarn und Polen zu nachsichtig mit diesen beiden widerspenstigen mitteleuropäischen Ländern ist. So beschloss der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments am Freitag, den 15. Oktober..., die Europäische Kommission wegen ihrer Langsamkeit bei der Anwendung des Konditionalitätsmechanismus vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zu verklagen, wie der deutsche grüne Europaabgeordnete Sergey Lagodinsky auf Twitter mitteilte: „Wir haben beschlossen, eine Klage gegen die EU-Kommission wegen Untätigkeit einzureichen. Wir können nicht länger zusehen, wie die Grundrechte, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Mitgliedstaaten abgebaut werden. Der Konditionalitätsmechanismus muss jetzt angewendet werden!“
- Die Generalstabschefs der vier Länder der Visegrád-Gruppe trafen sich am 13. und 14. Oktober in Balatonakarattya (Ungarn), um Fragen im Zusammenhang mit den neuen Sicherheits Herausforderungen in Europa zu erörtern.

Ungarn

- Die Vorwahlen der Vereinigten Opposition endeten mit der Wahl von Péter Márki-Zay zum Kandidaten der Vereinigten Opposition.
- Das Gesundheitsministerium beschloss, das allgemeine Tragen von Masken nicht wieder einzuführen, nachdem der Bürgermeister von Budapest, Gergely Karácsony (PM, progressive europophile Grüne), ausdrücklich die Wiedereinführung der Maske im ganzen Land gefordert hatte. Das Ministerium vertrat die Auffassung, dass die Abwehrstrategie gegen das Coronavirus nunmehr ausschließlich auf Impfungen basieren sollte, da etwa 60 % der Bevölkerung gegen Covid geimpft sind. Das Ministerium hat jedoch festgelegt, dass die Masken in den Gesundheitszentren weiterhin obligatorisch sind und dass die Menschen sie überall tragen können, wenn sie dies wünschen. Das Tragen einer Maske ist in Ungarn seit dem 2. Juli nicht mehr vorgeschrieben.
- Wie die ukrainische Website Sogodni am 12. Oktober berichtete, hat das Europäische Parlament die Frage des Gasabkommens zwischen Ungarn und Gazprom geprüft und festgestellt, dass der Vertrag über die Lieferung von Gas aus Russland nach Ungarn – ohne Umweg über die Ukraine – nicht gegen europäisches Recht verstößt. „Soweit ich weiß, enthält das Abkommen zwischen Ungarn und Gazprom nichts Illegales, nichts, was gegen europäisches Recht verstoßen würde“, sagte Josep Borrel, Vizepräsident der Europäischen Kommission und Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außenpolitik.
- Ein ehemaliger Soldat des so genannten „Islamischen Staates“ mit syrischer Staatsbürgerschaft, Hassan F., wurde am Dienstag, den 12. Oktober, in Budapest zu einer lebenslangen Haftstrafe ohne die Möglichkeit eines Straferlasses verurteilt. Diese Person war an zwei Morden – darunter die öffentliche Enthauptung eines Imams – beteiligt, die im Mai 2015 in Syrien begangen wurden. Er wurde 2018 am Budapester Flughafen wegen Besitzes falscher Dokumente verhaftet.
- Der ungarische Premierminister Viktor Orbán und sein slowakischer Amtskollege Eduard Heger feierten am 11. Oktober den 20. Jahrestag der Einweihung der Marie-Valérie-Brücke zwischen Esztergom und dem slowakischen Nachbarort Šturovo (Parkány).
- Nach monatelangem Zögern hat sich Ungarn endlich der globalistischen Initiative für einen Mindeststeuersatz für Unternehmen angeschlossen

.Polen

- Der polnische Nationalistenführer Krzysztof Bosak (Konfederacja) sagte am Montag, den 11. Oktober, in der Sendung Mówiąc Wprost, dass Polen den sogenannten NextGenerationEU-Konjunkturfonds nicht brauche und sich daraus zurückziehen solle, da die Europäische Kommission diese Mittel zurückhalte, um Polen politisch und ideologisch zu erpressen: „Wir könnten auf diese Mittel verzichten [...] Unser Standpunkt war, dass wir diese Mittel überhaupt nicht eingeben sollten. Wenn aber die Regierung von Mateusz Morawiecki dies verfolgt und einen Erfolg verkündet hat, dann müssen sie jetzt das Bier trinken, das sie gebraut haben. Ich denke, wir werden das Geld letztendlich bekommen, aber die Regierung wird gezwungen sein, verschiedene politische Zugeständnisse zu machen“, sagte er und fügte hinzu, dass „die derzeitige Krise an der polnisch-weißrussischen Grenze unter anderem das Ergebnis der Präsenz [Polens] in der EU ist. Die große Mehrheit der Migranten will nicht in Polen bleiben. [...] Das Fehlen von Binnengrenzen in der EU macht die Migrationskrise sehr einfach. Menschen, die versuchen, mit Gewalt über unsere Ostgrenze zu gelangen, müssten sich danach mit den deutschen Einwanderungsbehörden auseinandersetzen. Sie sind aber gegen uns, weil wir die Außengrenze der EU schützen.“
- Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, die deutsche Sozialdemokratin Katarina Barley – die bereits vor einiger Zeit mit der Aussage von sich reden machte, dass Ungarn und Polen finanziell „ausgehungert“ werden sollten, um sie politisch auf Linie zu bringen – bleibt bei ihrer Aussage vom Sonntag, den 10. Oktober, dass nach dem Urteil des polnischen Verfassungsgerichts, das das Recht der europäischen Institutionen in Frage stellt, ihre Vorrechte über die Verträge hinaus auszuweiten, die EU-Mittel für Polen nun eingefroren werden sollten: „Die Europäische Kommission muss in diesem Fall ein Betrugsbekämpfungsverfahren einleiten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in dieser Situation Gelder aus dem Wiederaufbaufonds nach Polen fließen würden. [...] Das Geld aus dem Wiederaufbaufonds wird einfach nicht ausgezahlt werden. [...] Und die vom EuGH verhängten Sanktionen werden von anderen Zuschüssen abgezogen.“
- Am Sonntag, den 10. Oktober, fanden in mehreren Städten Polens (u. a. in Warschau, Krakau und Posen) Demonstrationen statt, um gegen die Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts zu protestieren, das daran erinnerte, dass europäisches Recht nur in den Bereichen Vorrang vor polnischem Recht hat, in denen Polen seine Souveränität ausdrücklich an die Europäische Union delegiert hat. Ein Teil der polnischen Opposition sowie einige führende Politiker wollen in diesem Urteil den Vorboten eines „Polexit“ sehen, den die PiS aktiv vorbereiten würde, was ihre Führer jedoch vehement bestreiten. So erklärte der ehemalige liberale Ministerpräsident und Vorsitzende der größten Oppositionspartei, Donald Tusk, bei dieser Gelegenheit: „Wir müssen Polen retten, niemand sonst wird es tun [...] Dieses Pseudo-Verfassungsgericht, eine Gruppe von Leuten, die sich als Richter verkleidet haben, hat beschlossen, unser Land unter Verletzung der Verfassung aus der EU zu entlassen. Diese Handvoll Leute zögert nicht, jede Lüge, die ihnen zur Verfügung steht, zu benutzen [...] Wir wollen ein europäisches und demokratisches Polen. Wir wollen ein rechtmäßiges Polen, ein ehrliches Polen. Diese fünf Regeln werden nun von der Regierung, die ihr Gewissen und ihre Moral verloren hat, mit Füßen getreten.“ Beobachtern zufolge versammelten sich bei der Hauptdemonstration in Warschau rund 15.000 Menschen.
- Das Motto des traditionellen Unabhängigkeitsmarsches, der am 11. November in Warschau zum 12. Mal stattfindet, lautet in diesem Jahr: „Die Unabhängigkeit ist nicht käuflich“, um im Konflikt zwischen Polen und der Europäischen Union eine klare Position zu beziehen. „Das Motto des diesjährigen Marsches ist nicht nur historisch,

sondern auch aktuell und in naher Zukunft. – Die polnische Unabhängigkeit wurde von vielen Generationen von Polen errungen, 1918 wurde sie wiedererlangt und wir werden uns darauf berufen“, erklärte Robert Bąkiewicz, einer der Organisatoren des Marsches.

- Die Zahl der jungen Männer, die in katholische Priesterseminare eintreten, ist im vergangenen Jahr um 20 % gesunken, berichtet die Katholische Informationsagentur (Katolicka Agencja Informacyjna, KAI), die feststellt, dass die Zahl der neuen Priesteramtskandidaten im Jahr 2021 in ganz Polen 356 beträgt, gegenüber 441 im Jahr 2020, 498 im Jahr 2019... während es 2012 noch 828 waren. So konnten vier Seminare (Bydgoszcz/Bromberg, Elbląg/Elbing, Łowicz/Lowitsch und Drohiczyn) keine neuen Studenten aufnehmen, während die beliebtesten Seminare – die in Rzeszów/Reichshof und Łódź/Lodsch – 12 bzw. 11 Studenten aufnahmen.
- Laut einer aktuellen Umfrage des Kantar-Instituts, über die *Do Rzeczy* am Donnerstag, den 14. Oktober berichtete, unterstützt die Mehrheit der Polen (81 %) die Maßnahmen ihrer Regierung angesichts der Migrationskrise an der polnisch-weißrussischen Grenze.
- Am Donnerstag, den 14. Oktober, verabschiedete das polnische Parlament (mit 274 zu 174 Stimmen) ein Gesetz, das die Verstärkung des Schutzes der polnisch-weißrussischen Grenze durch den Bau einer echten Mauer vorsieht, um die Durchreise von Migranten aus dem Nahen Osten, die die EU über den nun als weißrussisch bezeichneten Kanal erreichen wollen, wirksamer zu verhindern.
- Die Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts vom 7. Oktober über den Vorrang des polnischen Rechts in den Bereichen, in denen Polen seine Souveränität nicht an die Europäische Union delegiert hat, ruft weiterhin gegensätzliche Reaktionen in den europäischen Kanzleien hervor.

Slowakei

- Die Inflation erreichte im September 4,6 % im Vergleich zum September 2020.
- Der Präsident der Nationalversammlung Boris Kollár traf am Mittwoch in Warschau mit dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda sowie mit Senatsmarschall Tomasz Grodzki und Sejm-Marschallin Elżbieta Witek zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die interpolnische Zusammenarbeit zwischen der Slowakei und Polen, Covid, die EU und der Grenzschutz.
- Alle Wirtschaftszweige verzeichneten im August einen Anstieg der durchschnittlichen Nominallöhne im Vergleich zum Vorjahr: 10 % im Wohnungsbau, 14 % im Verkauf, 12,4 % im Verkauf und in der Reparatur von Kraftfahrzeugen und 11,6 % im Gaststättengewerbe.

Tschechische Republik

- Nach der Untersuchung des Spiels zwischen den Rangers (Glasgow) und Spartak Prag, bei dem der finnische Spieler sierraleonischer Herkunft Glen Kamara (Rangers) von tschechischen Schülern ausgepöbeln wurde, endete die UEFA-Untersuchung mit einem Platzverweis zugunsten der Tschechen: „Die Untersuchung ergab, dass es keine ausreichenden Beweise für rassistisches oder diskriminierendes Verhalten während des Spiels gab, um die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den AC Sparta Praha zu rechtfertigen“.

Österreich

- Die Korruptionsermittlungen gegen die regierende Österreichische Volkspartei (ÖVP) schlagen weiter hohe Wellen. Nach den Durchsuchungen am 6. Oktober und dem

anschließenden Rücktritt von Bundeskanzler Kurz wurde die Leiterin des Meinungsforschungsinstituts Research Affairs, Sabine Beinschab, am Dienstag, den 12. Oktober, verhaftet. Sie soll versucht haben, die Festplatte ihres Computers kurz vor dem Eintreffen der Ermittler, die ihre Räumlichkeiten durchsuchen wollten, zu löschen, was darauf schließen lässt, dass sie möglicherweise vor der bevorstehenden Aktion gewarnt wurde. Frau Beinschab wurde am 14. Oktober freigelassen.

Slowenien

- Am Mittwoch, den 13. Oktober, kam es in Ljubljana erneut zu unangekündigten Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung des Covid-19-Virus. Die Demonstranten blockierten erneut die Straßen und mehrere wurden festgenommen.
- Am Donnerstag, den 14. Oktober, traf Premierminister Janez Janša mit der Präsidentin der Slowakischen Republik, Zuzana Čaputová, zusammen. Sie erörterten die bilaterale Zusammenarbeit, die slowenische EU-Ratspräsidentschaft und die Situation der COVID.
- Am Freitag, den 15. Oktober, fand in Ljubljana eine Pressekonferenz mit Sophie in 't Veld, der Leiterin der Delegation des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europäischen Parlaments, statt, die sich in Slowenien aufhielt, um sich ein „umfassendes und vollständiges Bild von beiden Seiten“ über die Medienfreiheit und andere Themen zu machen. Die linke Opposition beklagt, dass die Medienfreiheit unter der derzeitigen Regierung bedroht ist. Sophie in 't Veld traf sich mit NGO-Vertretern wie Amnesty International, CNVOS, dem Friedensinstitut, dem Rechtsnetzwerk zum Schutz der Demokratie und Info Kolpa sowie mit linken Journalisten wie Blaž Zgaga und Marko Milosavljević. Auf der Konferenz selbst sagte sie, dass die öffentlichen Einrichtungen Sloweniens zwar funktionierten, sie aber besorgt sei über die Einstellung der Finanzierung der STA und den „Ton der öffentlichen Debatte“. Sie fügte hinzu, dass einige Mitglieder der Regierung sich einer Sprache bedienten, die ihrer Meinung nach einer zivilisierten und demokratischen Gesellschaft nicht angemessen sei. Angesichts der Tatsache, dass Sophie in 't Veld, obwohl das Ziel ihres Besuchs in Slowenien darin bestand, sich ein umfassendes Bild von den Ereignissen zu machen, an denen beide Seiten beteiligt waren, hauptsächlich mit Vertretern der linken Medien und NGOs zusammentraf, fragte Demokracija weekly sie, warum sie nur mit Vertretern der linken Medien und NGOs zusammentraf, wenn sie ein umfassendes Bild haben wollte. In ihrer Antwort bestritt sie dies, obwohl sie sich nicht mit Vertretern rechter oder konservativer Medien getroffen hatte: „Wir haben nicht nur „linke“ NGOs und Journalisten eingeladen. Wir haben verschiedene Standpunkte gehört. Am interessantesten fand ich das Treffen mit drei Hochschulprofessoren aus verschiedenen Lagern, aber es war eine sehr interessante Debatte, bei der sich herausstellte, dass es mehr Standpunkte gibt als nur links und rechts. Wir haben sowohl mit „linken“ als auch mit „rechten“ Journalisten gesprochen und uns ein ziemlich vollständiges Bild gemacht.“
- Am Sonntag, dem 17. Oktober, ergab eine Meinungsumfrage, dass bei einer Wahl im Oktober die regierende Slowenische Demokratische Partei 20,7 % der Stimmen erhalten würde, während die Sozialdemokraten mit 10,7 % an zweiter Stelle liegen würden.

<hr>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER